

Julia Schuler, Andre Schmidt, Clara Schließler & Oliver Decker

Editorial



psychosozial

46. Jahrgang, Nr. 1, 2023, Seite 5–9

Psychosozial-Verlag

DOI: 10.30820/0171-3434-2023-1-5



Impressum

psychosozial

46. Jg. (2023) Heft I (Nr. 171)

<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2023-1>

ISSN (Print-Ausgabe): 0171-3434 · **ISSN (Online-Ausgabe):** 2699-1586

<https://www.psychosozial-verlag.de/ps>

HerausgeberInnen: Michael B. Buchholz, Pradeep Chakkarath, Oliver Decker, Jörg Frommer, Benigna Gerisch, Rolf Haubl, Marie-Luise Hermann, Vera King, Carlos Kölbl, Joachim Küchenhoff, Katja Sabisch, Jürgen Straub, Hans-Jürgen Wirth und David Zimmermann

Ehemalige HerausgeberInnen: Hellmut Becker, Dieter Beckmann, Iring Fetscher, Hannes Friedrich, Hartmut von Hentig, Albrecht Köhl, Jan Lohl, Annegret Overbeck, Horst-Eberhard Richter, Hans Strotzka, Ambros Uchtenhagen, Eberhard Ulich, Jürg Willi, Gisela Zenz und Jürgen Zimmer

Mit Heft I/2014 fusionierte die Zeitschrift *Psychotherapie & Sozialwissenschaft* mit der Zeitschrift *psychosozial*.

Ehemalige HerausgeberInnen der Zeitschrift *Psychotherapie & Sozialwissenschaft*: Jörg Bergmann, Brigitte Boothe, Michael B. Buchholz, Oliver Decker, Jörg Frommer, Bernhard Grimmer, Martin Hartung, Marie-Luise Hermann, Tom Levold, Kathrin Mörtl, Annegret Overbeck, Jürgen Straub, Ulrich Streeck und Stephan Wolff

Geschäftsführende Herausgeberin und Redaktion: Dr. Marie-Luise Hermann, Rychenbergstr. 26, CH-8400 Winterthur, E-Mail: mlhermann.praxis@bluewin.ch

Abo-Verwaltung: Telefon 06 41 - 96 99 78 18, E-Mail: aboservice@psychosozial-verlag.de

Verlag: Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG, Walltorstraße 10, D-35390 Gießen

E-Mail: info@psychosozial-verlag.de, www.psychosozial-verlag.de

Umschlaggestaltung: nach Entwürfen des Ateliers Warminski, Büdingen

Umschlagabbildung: Franz Seiwert, *Diskussion*, 1926

Satz: metiTec-Software, www.me-ti.de

Bezugsgebühren: Für das Jahresabonnement EUR 65,90 (inkl. MwSt.) zuzüglich Versandkosten. Studierendenabonnement 25% Rabatt (inkl. MwSt.) zuzüglich Versandkosten. Lieferungen ins Ausland zuzüglich Mehrporto. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht eine Abbestellung bis acht Wochen vor Beendigung des Bezugszeitraums erfolgt. Preis des Einzelheftes: EUR 22,90.

Bestellungen richten Sie bitte direkt an den Verlag oder wenden Sie sich an Ihre Buchhandlung.

Anzeigen: Anfragen bitte an: anzeigen@psychosozial-verlag.de

Copyright: © 2023 Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG, Gießen

Erscheinungsweise: Viermal im Jahr

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Manuskripte: Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Vor der Veröffentlichung durchlaufen die Beiträge ein Peer-Review-Verfahren. Mit der Annahme des Manuskriptes erwirbt der Verlag das ausschließliche Verlagsrecht auch für etwaige spätere Veröffentlichungen.

Datenbanken: Die Zeitschrift *psychosozial* wird regelmäßig in der Internationalen Bibliographie der geistes- und sozialwissenschaftlichen Zeitschriftenliteratur (IBZ – De Gruyter Saur) und in der Publikationsdatenbank PSYNDEX des Leibniz-Institut für Psychologie/Leibniz Institute for Psychology (ZPID) erfasst.

CIP-Einheitsaufnahme der Deutschen Bibliothek: Psychosozial. – Gießen: Psychosozial-Verl. Erscheint jährlich viermal – Früher im Rowohlt-Taschenbuch Verl., Reinbek bei Hamburg, danach in der Psychologie Verl. Union, Beltz Weinheim. – Erhielt früher Einzelbd.-Aufnahme. – Aufnahme nach 53. Jg. 16, H. 1 (1993).

Politische Handlungsfähigkeit in der Dauerkrise

Editorial

Julia Schuler, Andre Schmidt, Clara Schließler & Oliver Decker

psychosozial 46. Jg. (2023) Heft I (Nr. 171) 5–9
<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2023-1-5>
www.psychosozial-verlag.de/ps

»Me-tis Schüler Do verfocht den Standpunkt, man müsse an allem zweifeln, was man nicht mit eigenem Auge sehe. Er wurde wegen dieses negativen Standpunkts beschimpft und verließ das Haus unzufrieden. Nach kurzer Zeit kehrte er zurück und sagte auf der Schwelle: ich muß mich berichtigen. Man muß auch bezweifeln, was man mit eigenen Augen sieht. Gefragt, was denn dem Zweifeln eine Grenze setze, sagte Do: Der Wunsch zu handeln.«

Bertolt Brecht, Me-ti. Buch der Wendungen

Die Gegenwart erscheint als eine immer kürzere Abfolge gesellschaftlicher Krisen: Finanz- und Weltwirtschaftskrise, Migration nach Europa, Klimakrise, Corona-Krise, Krieg in Europa, Energiekrise. So dicht folgen in der letzten Dekade die Krisen aufeinander, dass Ereignisse, die noch vor wenigen Jahren für dystopische Ängste sorgten, bereits wieder in den Hintergrund gerückt sind. Moderne Gesellschaften scheinen sich im Modus der »permanenten Krise« (Offe, 1972, S. 17) zu befinden. Mit ihnen gewinnen autoritäre und regressive politische Kräfte an Boden. Eine »Flucht ins Autoritäre« (Decker, 2018; Heitmeyer, 2018) wie auch die Absicherungen in »kollektiven Schiefheilungen« (Brunner, 2016; Schuler et al., 2021) hängen mit der Krisenverhaftetheit der Gegenwart zusammen. In welchem Wirkungsverhältnis regressive Reaktionen wie der Autoritarismus und die zyklischen Krisen stehen, ist schwerer auszumachen, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Aber eines konnte

die Sozialpsychologie zumindest festhalten: In der autoritären »Prothesensicherheit« (Fromm, 1936, S. 179) ist ein Umgang mit der Erfahrung von Ohnmacht und Kontrollverlusten zu finden.

Dass die Gegenwart von einer Abfolge von Krisen angetrieben »erscheint«, meint ein doppeltes: einmal, dass es bloßer Schein ist, zum anderen, dass durch die Krisen etwas von dem zur Erscheinung kommt, was moderne Gesellschaften antreibt. Denn Krisenwahrnehmung hängt nicht nur mit objektiven Faktoren zusammen – manchmal sogar zuletzt. Als wir in der Vergangenheit darauf hinweisen haben, dass »Die Krise zur kapitalistischen Gesellschaft (gehört) wie der Winter zu den Jahreszeiten« (Decker & Kiess, 2013, S. 18), wollten wir einerseits die zyklische Krisenanfälligkeit der Marktgesellschaft hervorheben, die sie seit ihrem Beginn begleitet. Der Zwang zum beständigen Wachstum begrenzt nicht nur die Möglichkeiten zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen – die meisten dieser Herausforderungen werden sogar durch dieses Wachstumsimperativ hervorgebracht. Andererseits gilt aber auch, dass die Wahrnehmung einer »Krise« selbst bereits die Interpretation eines gesellschaftlichen Geschehens ist: Durch sie wird das bedrohliche Ereignis zur Prüfung, die Entwicklung strebt einem Höhepunkt entgegen, welcher der Wendepunkt in einem schicksalhaften Prozess ist. Aus der Überwindung der Krise soll die Gesellschaft gestärkt und verändert hervorgehen.

So verstanden dient die Krisenrhetorik nicht

alleine einer Lösung gesellschaftlicher Herausforderung, sondern deren Zuspitzung und Beschleunigung. Mag diese Zuspitzung durchaus bewusst erfolgen, so steht doch kein Mastermind hinter der gesellschaftlichen Dynamik, ihre Exponenten sind manchmal mehr von ihr erfasst als ihre Gestalter. Das gilt es auch mit Blick auf die Krisengewinne regressiver Kräfte zu bedenken, für welche die Mobilisierungskraft von PEGIDA und der AfD in der europäischen Migrationskrise steht, der Erfolg von Donald Trump und das Brexit-Votum als Symbol für das Ende einer Sachzwang-gläubigen Post-Politik, die Zunahme von Verschwörungsdenken während der COVID-19-Pandemie und auch die Hegemonie extrem rechter Akteure in den gegenwärtigen Sozialprotesten in Ostdeutschland und Osteuropa.

Entgegen den eigenen Hoffnungen sind die progressiven Bewegungen in den Krisen geschwächt. Niemand fragt nach ihrer Initiative, kaum jemand erwartet von ihren Analysen den Ausgang aus dem Desaster. Nicht selten reagieren auch progressive Kräfte selbst atemlos, evozieren Bilder apokalyptischer Qualität und drängen damit ebenso auf beschleunigtes Handeln, wie die restliche Gesellschaft. Natürlich können sich gesellschaftliche Entwicklungen zuspitzen, die Erderwärmung ist ein solcher Fall. Aber weder ist die Krisenwahrnehmung unabhängig vom Bedürfnis nach der Krise, noch erhöht die Beschleunigung und der verstärkte Druck die Handlungsfähigkeit. Oft genug scheitern emanzipative Gruppen an diesem: Die sich häufig einstellende Erschöpfung führt zum Ende des Engagements. Im Vergleich zum sehr viel selteneren, aber historisch realen Abgleiten in verzweifelte Gewaltpraxis ist das zwar vielleicht die vorzuziehende Alternative. Aber mit Blick auf die Herausforderungen ist auch der Rückzug nicht einmal die zweitbeste Fahrt, da nicht nur die Aussicht auf eine gerechtere Gesellschaft geschmälert ist, sondern die Erschöpfung auch eine von konkreten Menschen ist. Politisch aktiv werden und es bleiben: Wie auf die gesellschaftliche Dynamik reagieren, ohne in dieselbe atemlose Krisenrhetorik zu verfallen? Wie das eigene Engagement gegen die naheliegende Resignation, Apathie und

Zynismus verteidigen? Wie auch einmal gewinnen und diese Gewinne verteidigen? Aus guten Gründen gewinnt mit der Depression einer politischen Linken die Frage nach politischer Handlungsfähigkeit mehr Raum. Wird sie gestellt, ist sie auch ein Indikator für die Wünsche und Ängste der Fragenden: für ihre Verunsicherung und Unzufriedenheit, für das Bedürfnis nach einem selbst-reflexiven Bruch mit der bisherigen Praxis, in dem »der Wunsch, zu handeln«, aufgehoben ist.

Die Frage nach wirksamer Praxis begleitet linke Bewegungen seit ihrem Bestehen. Am prominentesten und knappsten wurde sie wohl 1902 von Wladimir Iljitsch Lenin im Münchener Exil formuliert. In *Was tun?* – in der deutschen Übersetzung mit dem Untertitel *Einige brennende Fragen unserer Bewegung* versehen – versuchte Lenin eine sozialdemokratische Strategie für Russland zu entwerfen, welche auf die spezifischen Bedingungen im autoritären Zarenreich reagierte und mit zentralen Annahmen einiger revolutionärer Strömungen brach. Neben seiner Kritik am Spontaneismus richtete er sich auch gegen ökonomistische Vorstellungen von einem durch Lage und ökonomische Entwicklung automatisch entstehenden, revolutionären Bewusstsein des Proletariats. Dagegen machte Lenin die politische Auseinandersetzung und die Aufgabe von Organisierung und politischer Bewusstseinsbildung stark. Für nicht wenige Kritikerinnen und Kritiker ebneten die daraus abgeleiteten Organisationsmodelle und Avantgardeansprüche bereits den Weg in die anti-demokratischen Abwege der Bolschewiki und in den Stalinismus. Als die Sowjetunion Jahrzehnte nach dessen Ende kollabierte, war sie von den Folgen des stalinistischen Terrors – ob in Form der Moskauer Prozesse oder der Errichtung des Gulag-Lagersystems – noch immer geprägt. Welcher Widerspruch zwischen dem anfänglich emanzipativen Anspruch der russischen Revolution und ihrer im Verlauf sich immer weiter radikalisierenden gewaltvollen Praxis stand, das war bereits den Zeitgenossen überdeutlich. Walter Benjamin (2015 [1940], S. 1232) beschrieb unter dem Eindruck Nazi-Deutschlands und des Hitler-Stalin-Pakts sein Verständnis der

Geschichte als fortgesetzter Katastrophe statt Fortschritt: »Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.«

Nun kann man zu Recht einwenden, dass von einer klassisch revolutionären Situation derzeit so wenig zu sehen ist, wie zu der Zeit, als Walter Benjamin diesen Satz aufschrieb. Nur ist bei Benjamin der Begriff der Revolution ja bereits gewendet, er ist zwar noch die Chiffre für politische Praxis, die an die Wurzeln geht, aber sie steht nicht mehr in der Logik von Krise, Zuspitzung und Beschleunigung. Im Bild der rasenden Lokomotive sind Revolutionen selbst Ausdruck eines sich ständig wandelnden Systems, das bei ungebremstem Dauerbetrieb ungebremstes Unheil anrichtet. Damit bleibt der emanzipatorische Bruch mit dem Bestehenden, die Revolution, »geschichtlich notwendig«. Man könnte sagen: Der Revolutionsbegriff ist mit Benjamin selbst-reflexiv geworden. Wie diese Selbstreflexion als Grundlage einer emanzipativen politischen Praxis aber aussehen kann, wie sie als Teil progressiver Bewegungen praktisch werden kann, diese Antwort steht noch aus. So bleibt die Frage weiterhin »Was tun?« und sie wird so regelmäßig aufgeworfen, wie ihre Antwort aussteht.

Als wir beschlossen, den Themenschwerpunkt den Bedingungen und möglichen Ansatzpunkten progressiver, politischer Handlungsfähigkeit in der Gegenwart zu widmen, hatten wir durchaus beides im Blick: Die scheinbare Ausweglosigkeit immer wiederkehrender Krisen und die Not, auf sie politisch zu reagieren. In den Beiträgen, die im Heft folgen, werden dabei drei Ausgangspunkte deutlich, von denen die Autoren und Autorinnen diese Reflexion angehen:

1. Der Fokus auf den Einzelnen als politisch handelndes Subjekt,
2. der Blick auf kollektive Erfahrungsräume und die Frage nach Solidarität sowie
3. Kollektive als Medium politischen Handelns.

Mit dem Beitrag von *Hans-Joachim Busch* möchten wir dabei die zentrale Beobachtung voranstellen, dass Handlungsfähigkeit auch bedeuten kann, widerständig zu sein und sich zu verweigern. Aber inwieweit ist in der heutigen Gesellschaft widerständige Subjektivität überhaupt möglich? Dieser Frage folgend geht der erste Beitrag darauf ein, was widerständige Subjektivität ausmache. Dabei entwickelt Busch mit Rückgriff auf Hannah Arendt und Theodor W. Adorno das Ideal eines demokratischen, mündigen Subjekts, welches durch demokratische Bildung moralische Reife erreicht. In Einklang mit Stephane Hessels »Empört euch!« wie auch »Engagiert euch!« betont Busch dabei die Bedeutung von Affekten für die moralbasierte Widerstandsfähigkeit des Subjekts in der Gegenwart.

Nach diesem Fokus auf das Individuum als demokratisches Subjekt folgen im Heft Beiträge, die kollektive Erfahrungsräume und kollektive politische Handlungsfähigkeit ins Zentrum stellen. So zeichnet *Massimo Perinelli* in seinem Beitrag die Geschichte migrantischer Kämpfe in Deutschland nach und zeigt emanzipatorisch-solidarische Momente auf, die über den Partikularismus, der in anti-rassistischer Praxis liegen kann, hinausreichen. Der Autor plädiert dafür, dass es eines situierten Wissens über die Geschichte emanzipatorischer Kämpfe bedarf, um ein migrantisches Selbstbewusstsein und dadurch letztlich Handlungsfähigkeit auch in größeren emanzipatorischen Kämpfen zu erreichen.

Katrin Reimer-Gordinskaya und *Selana Tzschiesche* fragen in ihrem Beitrag nach den Möglichkeiten von Allianzen und Solidarität über verschiedene Erfahrungsräume hinweg. Ausgehend von empirischen Beispielen aus der Antisemitismus- und Klassismusforschung wenden sie den der Kritischen Psychologie entnommenen Gegensatz von restriktiver und verallgemeinerter Handlungsfähigkeit an, um Potenziale für politische Bündnisse über partikuläre Interessen (und Identitäten) hinweg aufzuzeigen. Dabei heben sie hervor, dass insbesondere auch die Analyse und Reflektion der Differenzen und abweichenden Erfahrungen mit gesellschaft-

lichen Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen notwendig sind, um handlungswirksame, emanzipatorische Bündnisse zu ermöglichen.

Auch *Stefanie Hürtgen* nutzt die Unterscheidung von restriktiver und verallgemeinerter Handlungsfähigkeit. In ihren Analysen zur Handlungsorientierungen in der Arbeiterschaft arbeitet sie heraus, dass Kritik und Politisierung der Arbeitswelt nicht zwangsläufig zu emanzipatorischen Veränderungen führen, sondern in Form regressiver Handlungsfähigkeit auch zu einer konformistischen Bejahung der Arbeitsbedingungen führen können. Anschließend fragt sie, unter welchen Umständen kritisch-emanzipatorisches Handeln von Arbeiterinnen und Arbeitern im Sinne einer verallgemeinerten Handlungsfähigkeit möglich wird. Als eine wichtige Ausgangsbedingung stellt sie dabei das Verständnis und Erleben des gesellschaftlichen Werts der eigenen Arbeit heraus.

In den Beiträgen von *Paul Hoggett* und *Hans-Jürgen Wirth* wird der Blick auf Gruppen als politische Akteure gelegt. Dabei geraten auch die bewussten und unbewussten Annahmen und Dynamiken innerhalb von Gruppen in den Fokus. In dem aus dem Englischen übersetzten Buchkapitel von *Paul Hoggett* wird vor dem Hintergrund einer gruppenanalytischen, (post-)kleinianischen Perspektive gefragt, was in politisch-arbeitenden Gruppen dynamisch passiert, in denen verschiedene Menschen mit ihren unbewussten Ängsten und Wünschen zusammenkommen. In dem »internal Establishment« einer Gruppe macht er eine reaktionäre Instanz aus, die sich aus der aggressiven Angst der Gruppenmitglieder speist und gleichzeitig Schutz davor verspricht. Da diese von der Gruppe hervorgebrachte Instanz droht, den erklärten Zielen einer Gruppe entgegenzuwirken, plädiert Hoggett dafür, oppositionelle Kräfte innerhalb von Gruppen durch Bewusstmachung der antreibenden Ängste zu stärken und so die Sabotage der Gruppenziele durch das »internal Establishment« der Gruppe selbst zu begrenzen. Einen verwandten Zugriff auf die Psychoanalyse zum Verständnis von Prozessen in politisch engagierten Gruppen hat *Hans-Jürgen Wirth*.

Sein Ausgangspunkt sind die Initiativgruppen, die sich infolge der politischen und sozialen Umbrüche nach den 1960er Jahren entwickelten. *Die Gruppe*, so der gleichnamige Titel eines Buches des Psychoanalytikers Horst-Eberhard Richter (1972), war bereits Mittel der Intervention, als sie zum Ort der Reflektion gesellschaftlicher Verhältnisse wurde. Wirths autobiografisch informierter Beitrag beschreibt eine Intervention in einem sozialen Brennpunkt einer westdeutschen Mittelstadt in den 1970er Jahren. Über zehn Jahre arbeitete die Initiativgruppe Eulenkopf in diesem Stadtteil mit Obdachlosen, Geflüchteten und prekarierten Bevölkerungsgruppen zusammen, begleitet von Supervision und nachbearbeitet durch ein Forschungsprojekt, welches nun auch einen Einblick in die Erfahrungen gibt. Nicht wenige Gruppen machen – bis hin zur Wirksamkeit des »internal establishment«, einer »Herrschaft der überhöhten Normen«, wie Wirth sie in Anlehnung an Richter nennt. Dass bereits in der Arbeit der Eulenkopf-Initiative die Möglichkeit der Reflektion des eigenen Handelns einfluss, macht die Aktualität des Engagements von vor 40 Jahren sichtbar.

In der Gesamtschau der Beiträge werden auch Wünsche einer solidarischen Wissenschaft deutlich, die Bedingungen gelingender Handlungsfähigkeit herauszuarbeiten und emanzipatorische Programmatiken durch Analyse und Kritik zu stützen. So rückt das mit Brecht eingangs aufgerufene Verhältnis von Praxis und Theorie, welche immer auch Kritik und Zweifel bedeutet, abermals in den Fokus. Changierend zwischen Rückschau und Bilanzierungen und des Ausblicks auf Möglichkeiten erweiterter Handlungsfähigkeit sind die Beiträge dieses Heftes ein kurzes Innehalten und die Frage nach dem »Was nun«?¹

Anmerkung

- 1 So wiederkehrend wie die Frage nach politischer Handlungsfähigkeit sind Anspielungen auf den Titel »Was tun?«. Lenins (Zeit-)Genosse Kautsky ist uns zuvor gekommen und hat bereits 1910 einen Beitrag zur Massenstreikdebatte mit »Was nun?« überschrieben.

Literatur

- Benjamin, W. (2015 [1940]). Über den Begriff der Geschichte. Anmerkungen. In R. Tiedemann & H. Schweppenhauser (Hrsg.), *Gesammelte Schriften, Bd. I.3* (S. 1223–1266). Suhrkamp.
- Brecht, B. (1975). Me-ti: Buch der Wendungen. In W. Mitzenwei (Hrsg.), *Bertold Brecht, 4: Prosa*. Aufbau.
- Brunner, M. (2016). Vom Ressentiment zum Massenwahn. Eine Einführung in die Sozialpsychologie des Antisemitismus – und die Grenzen psychoanalytischer Erkenntnis. In C. Busch, M. Gehrlin & T.D. Uhlig (Hrsg.), *Schiefheilungen. Zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus* (S. 13–35). Springer VS.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus Studie* (S. 15–64). Psychosozial-Verlag.
- Decker, O. & Kiess, J. (2013). Moderne Zeiten. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 13–64). Psychosozial-Verlag.
- Fromm, E. (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In ders. (Hrsg.), *Gesamtausgabe, Bd. 1* (S. 139–187). DVA.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen: Signaturen der Bedrohung I*. Suhrkamp.
- Lenin, W.I. (1973 [1902]). *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung* (2. Aufl.). Reclam.
- Offe, C. (1972). *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Suhrkamp.
- Richter, H.-E. (1995 [1992]). *Die Gruppe: Hoffnung auf einen neuen Weg, sich selbst und andere zu befreien*. Psychosozial-Verlag.
- Schuler, J., Schließler, C. & Decker, O. (2021). Das Autoritäre Syndrom – Wiederkehr des Verdrängten? *Jahrbuch der Psychoanalyse*, 62(2), 79–104.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber

Julia Schuler, M. Sc., ist Sozialpsychologin und Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig.

Andre Schmidt, MA, ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswick-Institut an der Universität Leipzig.

Clara Schließler, M.Sc., ist Sozialpsychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswick-Institut an der Universität Leipzig.

Oliver Decker, Prof. Dr., Dipl.-Psych., ist Direktor des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts an der Universität Leipzig und Professor für Sozialpsychologie und interkulturelle Praxis an der Sigmund-Freud-Universität Berlin.

Kontakt

Julia Schuler

E-Mail: julia.schuler@uni-leipzig.de

Andre Schmidt

E-Mail: andre.schmidt@uni-leipzig.de

Clara Schließler

E-Mail: clara.schliessler@uni-leipzig.de

Prof. Dr. Oliver Decker

E-Mail: oliver.decker@uni-leipzig.de